

WEISS

Magazin der Freien Liste

No. 31, März/April 2020



freieliste.li



Orakel in der Skibrille

Wer entscheidet über die Zukunft
von Malbun/Steg?

Familienpolitik

Der Kinderabzug schießt am Ziel vorbei

FL-Gemeinderät*innen

Wie sie ihren politischen Alltag erleben

Klimastreik

Interview mit Schüler*innen des LG

03

– **Steuerentlastung für Familien** – Es klingt gut: Die Erhöhung des Kinderabzugs in der Steuererklärung soll Familien entlasten. Es profitieren aber in erster Linie Familien mit hohem Einkommen. Mit Auszügen aus der Landtagsdebatte vom Dezember 2019.

06

– **Klimastreik in Liechtenstein** – Klimaschutz hat Priorität: Interview mit zwei Schüler*innen des liechtensteinischen Gymnasiums zu ihrem mutigen Engagement rund um den ersten «Friday for Future» in Liechtenstein im November 2019.

08

– **Politischer Alltag in den Gemeinden** – Die 8 Gemeinderät*innen der Freien Liste aus Balzers, Triesenberg, Vaduz, Planken, Schaan, Mauren und Schellenberg sind seit bald einem Jahr im Amt. Sie berichten von ihrem politischen Alltag und ihren Anliegen oder laden ein zum Mitgestalten.

17

– **Malbun/Ente SurpRisch** – Die Diskussion um die Zukunft von Malbun/Steg spaltet den Landtag. Die Freie Liste will die Herausforderung auf Regierungsebene lösen, was dank der Unterstützung der FBP fast gelungen wäre. Nun warten alle gespannt auf den Finanzbeschluss der Regierung.

18

– **Mehr Demokratie auf Gemeindeebene** – Das Grundmandatserfordernis (GME) für die Restmandatsverteilung ist gefallen. Das stärkt die Demokratie auf Gemeindeebene. Das bald 5jährige Engagement der Freien Liste trägt Früchte.

Impressum

Herausgeberin Freie Liste, Liechtenstein
Redaktion WEISS, Birkenweg 6, 9490 Vaduz
Redaktionsleitung Alexa Ospelt, info@weissmagazin.li
Gestaltung Mathias Marxer, Gregor Schneider, Triesen
Druck LAMPERT Druckzentrum AG, Vaduz
Schrift Univers und New Baskerville
Papier Bavaria, 80 g/m², FSC **Auflage** 20'660 Ex.



Liebe Leserinnen und Leser

Diese Ausgabe haben wir verfasst, bevor das Coronavirus Sars-CoV-2 die Tagesordnung übernommen hat. Die Artikel handeln daher von alltäglichen politischen Themen und nicht von der Corona-Krise. Vielleicht lesen Sie sie ja gerade deshalb gerne. Wir wünschen Ihnen, dass es Ihnen und Ihren Liebsten gut geht und dass Sie gesund bleiben. Folgen Sie bitte den Empfehlungen und Anweisungen der Regierung und bleiben Sie guten Mutes!

Die Freie Liste, 15.3.2020

Klimawandel und Politik

Text Conny Büchel Brühwiler, praesidium@freiliste.li

Liechtenstein hat sich im Pariser Übereinkommen zum Klimaschutz verpflichtet, den Emissionsausstoss (von 1990 225'000 Tonnen) bis 2030 auf 135'000 Tonnen zu senken. Laut dem Amt für Umwelt betrug der Ausstoss 2016 noch 196'000 Tonnen. Für den Rückgang werden weniger Verbrauch von Brennstoffen auf Grund der milden Winter und ein geringerer Treibstoffverbrauch durch den grenzüberschreitenden Tanktourismus genannt. Klimaschutz durch zufällige Wetterphänomene und Konsumverschiebungen ins Ausland? Falls die Klimaziele nicht erreicht werden, kann man ja wie für die Jahre 2013 bis 2015 wieder in den Emissionshandel einsteigen. Nachhaltiger Klimaschutz sieht anders aus.

Die junge Klimastreikbewegung wird auch in Liechtenstein sichtbar. Die junge Generation steht einer Blase aus Wohlstand, grenzenlosem Konsum und Individualismus kritisch gegenüber. Es ist ihr bewusst, dass sie die Auswirkungen der Klimakrise voll zu spüren bekommt. Wie sehen ein nachhaltiger Klimaschutz und die Wahrung des sozialen Friedens in Zukunft aus? Zeichnen sich Lösungen ab? Wir geben jungen Stimmen wie der von Fabienne Meier und Valentin Ritter Raum, ihre Bereitschaft zur Veränderung trifft bei uns auf ein Echo.

Alle sind an der Mitgliederversammlung der Freien Liste eingeladen, die Gedanken und Ansätze der Jungen Liste kennenzulernen und am Austausch teilzunehmen. Der Termin wird so bald wie möglich bekanntgegeben. Werde Mitglied der Freien Liste und engagiere dich für den Klimaschutz: info@freiliste.li

Conny Büchel Brühwiler, Co-Präsidentin der Freien Liste



Die Schweiz macht es schlecht. Wir noch etwas schlechter

Text Thomas Lageder, thomas.lageder@landtag.li Illustration Jürgen Schremser

Während die Erhöhung des Kinderabzugs in der Schweiz auf massiven Widerstand stösst, hat ihn der Liechtensteiner Landtag durchgewunken. Augen zu und durch? Die Freie-Liste-Abgeordneten stimmten gegen dieses Steuergeschenk an die einkommensstarke Hälfte der Familien.

In der Schweiz hat die SP (Sozialdemokratische Partei der Schweiz) gegen die Erhöhung des Steuerabzugs für Kinder im Oktober 2019 das Referendum ergriffen. Die einfache Begründung: Reichenbonus. Fast die Hälfte der Familien verdienen zu wenig, um überhaupt von der Steuer-senkung zu profitieren. Bundesrat und Finanzminister Ueli Maurer, der nicht gerade als Linker bekannt ist, bringt es auf den Punkt (NZZ online, 18.9.19): «Wenn

wir Familien entlasten, dann gezielt.» Das sei beim höheren Kinderabzug nicht der Fall. Und: «Wir dürfen nicht einfach solche Hüftschüsse unterstützen, auch wenn es vor den Wahlen ist.» Und weiter heisst es: «Doch im wirklichen Leben regiert die Politik, und Politiker*innen lieben Steuer-vergünstigungen: Damit können sie ihre eigene Klientel bedienen, und die Kosten sind so diffus und breit verteilt, dass sie von den Opfern kaum bemerkt werden.»

Rückschau in den Landtag

Nicht anders in Liechtenstein, wohl aber mit noch schlechteren Vorzeichen. Der Landtag hat im Dezember beschlossen, den Kinderabzug von 9'000 Franken auf 12'000 Franken zu erhöhen. Es sei dringend angezeigt, dass Familien steuerliche Entlastungen erfahren. Denn gerade der untere Mittelstand und Geringverdiener seien – angesichts steigender Lebenshaltungskosten – immer stärker auf Unterstützung angewiesen.

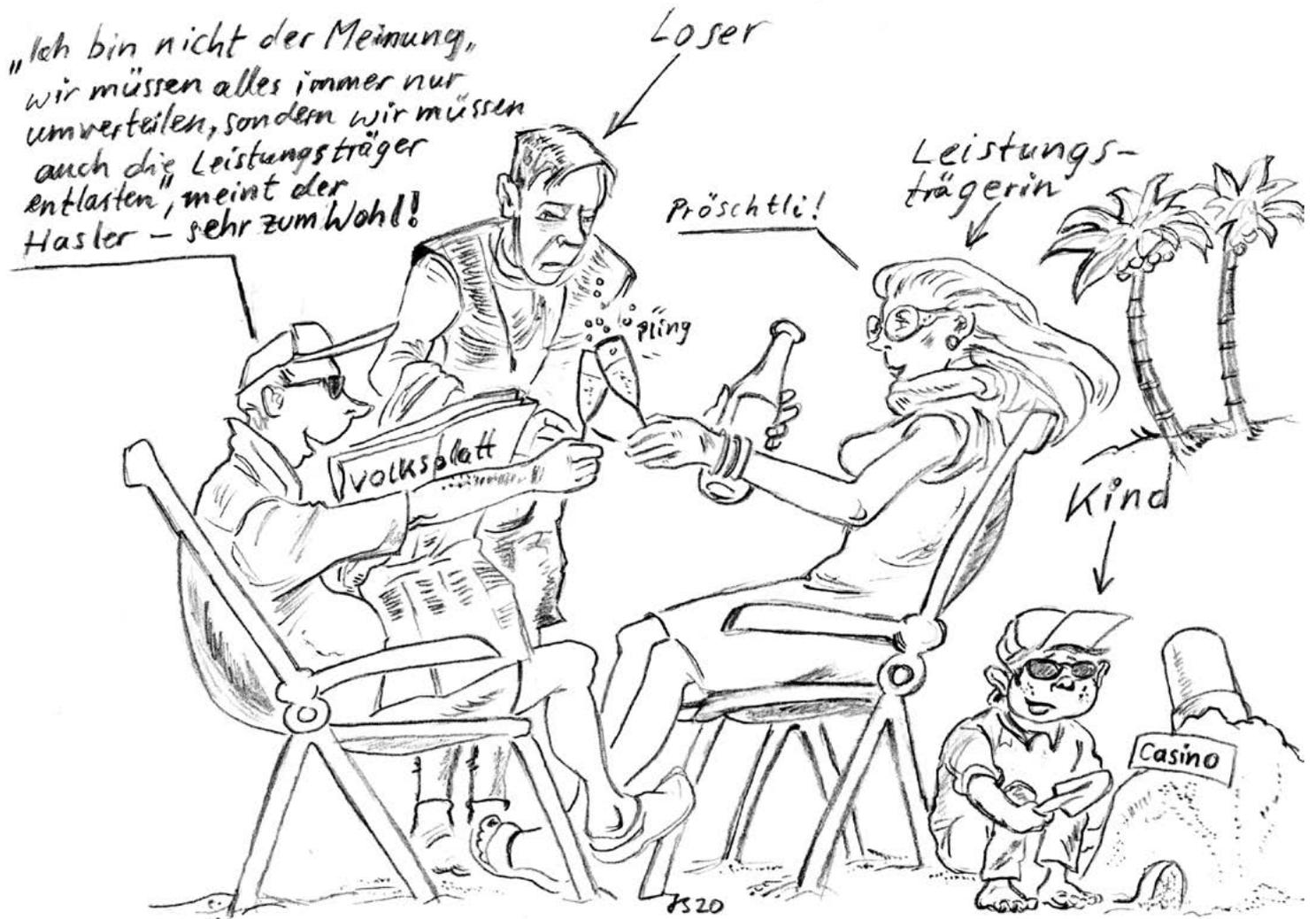
Das stimmt sicher, aber mit der Erhöhung des Kinderabzuges werden gerade jene nicht erreicht. Entlastet werden Gutverdiener*innen, und zwar nach der Formel: Je mehr jemand verdient, desto höher die Entlastung. Das ist Politik zum Davonlaufen. So wird das angepriesene Bürgerpaket zum «Bonzenpaket», wenn man SVP-Politiker Ueli Maurer glauben will. Familienpolitik ist das jedenfalls keine.

Aber lassen wir doch die Landtagsdebatten etwas Revue passieren.

Elfried Hasler sagte im Dezember 2018:

«Das Argument zudem, dass gerade der untere Mittelstand und Geringverdiener auf Unterstützung angewiesen sind, ich

«Das Land hat den Kinder-
abzug von 9'000 Franken auf
12'000 Franken erhöht.»



Die steuerliche Entlastung der Gutverdiener hebt deren Stimmung. Im Bild: Cüpli-Pause auf den Malediven

denke, das ist richtig. Das ist aber heute sicher auch schon gut adressiert. Allerdings, mit höheren Steuerabzügen werden in erster Linie sicher Besserverdiener und gerade eben nicht der untere Mittelstand und Geringverdiener entlastet. Von dem her scheint es mir nicht wirklich ein geeignetes Mittel die Steuerabzüge zu erhöhen, um den unteren Mittelstand und Geringverdiener zu entlasten.»

Wendelin Lampert fügte im Dezember 2018 bei: «Ich hoffe einfach, dass die Regierung auch verschiedene Beispiele aufzeigt in der Postulatsbeantwortung, damit wir dann am Ende des Tages auch wissen, ob diese geäußerten Vermutungen, die hier getätigt wurden, auch den Tatsachen entsprechen. Ich gehe davon aus, dass dem so ist und dass sich dann der Landtag im Endeffekt auch vergegenwärtigen muss,

was die ganze Sache am Ende des Tages kosten wird.»

Elfried Hasler doppelte im Juni 2019 nach: «Sind es tatsächlich die Geringverdiener und der untere Mittelstand, die von den jetzt in die Vernehmlassung gehenden Änderungen profitieren würden? Auch hier, zu diesem Punkt, gibt es doch eindruckliche Zahlen in der Postulatsbe-

antwortung: Geringverdiener und der untere Mittelstand profitieren nämlich von den erhöhten Kinderabzügen nicht oder nur geringfügig, das hat der Abg. Lageder auch korrekt ausgeführt. Bei Geringverdiener-Familien mit CHF 60'000 Einkommen ist überhaupt kein Effekt spürbar und bei Einkommen von CHF 80'000 ist der Effekt CHF 13 im Monat. Besserverdiener profitieren daher deutlich mehr, um das Sechsfache. Das erklärte Ziel, also Geringverdiener und den unteren Mittelstand zu entlasten, kann mit einer Erhöhung der steuerlichen Kinderabzüge sicher nicht wirklich nachhaltig erreicht werden.»

Regierungschef Adrian Hasler erklärte dann im Juni 2019, wie er die Sache sieht und was für ihn Geringverdiener sind: «Es war von Beginn an klar, das wurde auch in der Debatte entsprechend ausgeführt, dass bei einer Erhöhung des Kinderabzuges die Besserverdienenden mehr profitieren. Sie bezahlen auch mehr Steuern aufgrund der Progression, das ist klar. Dennoch haben wir dann gesehen, dass eben auch bei den tieferen Einkommen – ich nehme hier das Beispiel mit diesen CHF 100'000 – doch eine Entlastung von rund CHF 470 pro Jahr auftritt. [...] Ich denke, der Landtag war sich bewusst, als er dieses Postulat überwiesen hat, dass bei einer Erhöhung des Kinderabzugs genau diese Zahlen resultieren werden. Das war ja nichts Neues, das hat man von Anfang an gewusst.»

Auch Wendelin Lampert äusserte sich im Juni 2019 abermals in seiner unverkennbaren Art: «Die Fakten sind klar, aber ich habe es ja versucht, mit ein wenig Zynismus auf den Punkt zu bringen. Sehen Sie es positiv: Wenn das Geld hier ausgegeben wird, kommt man nicht noch auf Ideen, die noch viel unvernünftiger sind. Hier wird immerhin das Geld in Menschen investiert. Selbstverständlich, da gebe ich Ihnen vollkommen recht, werden es nicht die Geringverdienenden sein, die hiervon profitieren, es werden eben die anderen sein. Aber wie gesagt, die Postulanten sind zufrieden mit dieser Beantwortung. Wir wissen alle, was das Resultat ist. Der Herr Regierungschef hat es auch ausgeführt:

«Je mehr jemand verdient, desto höher die Entlastung.»

Jeder der schon einmal eine Steuererklärung ausgefüllt hat, wusste auch genau, wohin die Reise gehen wird.»

Im Oktober 2019 zeigte auch Susanne Eberle-Strub auf, dass sie genau wusste, um was es geht: «Klar ersichtlich ist aber auch, dass bei tieferen Einkommen, egal ob Alleinziehende oder Ehepaare, die Erhöhung des Kinderabzugs zu keiner oder nur zu minimaler finanzieller Entlastung führt. Da diese Steuerpflichtigen bereits jetzt keine oder nur wenig Steuern bezahlen aufgrund ihres Einkommens, kann durch diese Steuergesetzesänderung auch keine oder nur geringe finanzielle Entlastung eintreten.»

Auch der Abgeordnete Daniel Seger verstand die Problematik im Juni 2019: «Das Steuergesetz ist jedoch das falsche Gesetz, wenn es darum geht, Leistungen zu verteilen.»

Thomas Rehak meinte im Juni 2019 Folgendes: «Aber ich muss natürlich auch sagen, ich verstehe auch die Freie Liste mit ihrer Aussage, dass sie sagen, die Wirkung dieser Vorlage wird nicht dort sein, wo sie vielleicht tatsächlich etwas nützt. Das sehe ich ähnlich.»

Und schliesslich brachte es Wendelin Lampert auch im Juni 2019 wieder auf den Punkt: «Ja, ich denke mir, Sie müssen diesen Bericht und Antrag sportlich sehen. Man sollte zwar nicht Unvernünftiges durch noch Unvernünftigeres begründen, aber so ist es nun einmal.»

Nur um von Regierungschef Adrian Hasler eine Bestätigung auch im Juni 2019 zu erhalten: «Sie haben Recht, die Geringverdienenden, die keine Steuern bezahlen, betrifft es logischerweise nicht. [...] Ich bin nicht der Meinung, wir müssen alles immer nur umverteilen, sondern wir müssen auch die Leistungsträger entsprechend entlasten, und zu dem stehe ich auch.»

Noch Fragen?

«Die Angst der Politiker*innen ist generell gross»

Interview Alexa Ospelt, info@weissmagazin.li Foto Klaus Schädler

Fabienne Meier und Valentin Ritter haben am 29. November 2019 den ersten «Friday for Future» in Liechtenstein mitorganisiert. Ihr Engagement soll wachrütteln. Sie verstehen nicht, warum die Politik bei der Umsetzung von Klimaschutzmassnahmen in Liechtenstein derart zögert.

Ist Greta Thunberg ein Vorbild für Euch?

Fabienne: Weil wir ähnlich wie sie Leute mobilisieren? Sie verdient jeden Respekt, denn sie hat die Klimaschutzbewegung ins Rollen gebracht. Sie ist jedoch keine Göttin. Es geht ja um die Umwelt und nicht um die Person. Wie schade, dass ihr Verhalten inzwischen ins Lächerliche gezogen wird.

Ihr erlebt sicher unterschiedliche Reaktionen auf Euer Engagement zum Klimaschutz. Was gab es für Reaktionen?

Fabienne (lächelt): Ja, zu Beginn hiess es seitens vieler Schulkolleg*innen: «Warum macht Ihr denn keinen Streik?» Kaum war der geplant, kam die Frage: «Wieso macht Ihr denn einen Streik? Das ändert ja nix.» Das war schon widersprüchlich.

Was denkt Ihr über Leserbriefschreiber, die Euch «verwöhnte Wohlstandskinder» oder «fremdfinanzierte Schüler» nennen?

Valentin: Ja, uns geht es gut und dafür sind wir auch dankbar. Und genau deshalb muss man sich engagieren und streiken. Es geht darum, etwas zu verändern und zu verbessern. Wer so was schreibt, hat wohl mehr Frust als gute Argumente.

Haben Euch Eure Lehrer*innen Rückhalt gegeben?

Valentin: Oh ja. Einige hätten uns sogar gern nach Vaduz begleitet, was jedoch nicht möglich war.

Wer hat Euch noch unterstützt?

Valentin: Super war die Kunstschule, die uns das grossartige Plakat für den Streik



V.l.n.r.: Valentin Ritter, 17 Jahre, kommt aus Eschen, besucht die 6. Klasse des LG Vaduz, kann sich vorstellen, später Sozialwissenschaften zu studieren. Fabienne Meier, 17 Jahre, wohnt in Eschen, macht demnächst Matura und will danach ins Ausland. Sie kann sich vorstellen, danach Naturwissenschaften zu studieren.

gemacht hat. Auch die Medien haben uns eine Plattform gegeben.

Laut Gerüchten habt Ihr nach dem Klimastreik Eure Plastikflaschen und dergleichen herumliegen lassen ...

Valentin: Wir sind danach eine Stunde das Städtle abgelaufen und haben keinen Abfall mehr gefunden. So wars mit der Regierung vorbesprochen. Wir haben darauf geachtet, dass wenig Abfall anfällt.

Habt Ihr eine Vision von einem klimaneutralen Liechtenstein? Wie sieht sie aus?

Fabienne: Klimaneutral ist schwierig. Es geht mehr darum, wie wir als Gesellschaft besser werden könnten.

Valentin: Ich halte wenig von Visionen, die über lange Zeithorizonte hinweg nach vorne schauen. Es ist wichtig, dass man jetzt anfängt und in vielen Schritten auf ein grösseres Ziel hinarbeitet. Das Problem mit den Autos z.B. verstärkt sich in Liech-

tenstein Jahr um Jahr. Hier habe ich das Gefühl, es passiert gar nichts. Man weiss zwar, dass es ein Problem ist, aber niemand tut was. Es braucht jetzt ein kraftvolles «Stopp!» Es muss etwas getan werden.

Findet Ihr, die Regierung tut genug, um den Klimawandel abzuwenden?

Fabienne: Wir sagen nicht, dass die Regierung gar nichts tut. Sie tut aber nicht genug. Im Land werden viele Regelungen so ausgelegt, dass sie für die Autofahrer vorteilhaft sind. Jetzt sind wieder Busse gestrichen worden; angeblich, weil sie nicht rentieren würden. Dann greifen die Menschen wieder zum Autoschlüssel.

Umgekehrt gefragt: Was tut die Regierung?

Valentin: Im Gespräch mit der Umweltministerin und anderen haben wir gemerkt, dass allen klar ist, dass es ein Problem gibt. Als reiches, hoch entwickeltes Land haben wir aber mehr Potenzial und Verantwortung. Das schöpfen wir nicht aus. Hier wäre ein offizielles Bekenntnis angesagt, dass wir konkrete Konsequenzen aus der Klimakrise zu tragen haben. Die Verantwortlichen beobachten bloss, was sich in Zukunft rentieren könnte, vor allem ob es neue Technologien gibt. Dann schauen sie, was man machen könnte, z. B. Elektromobilität fördern. Das ist wichtig, aber bloss im Rahmen dessen, was schon automatisch passiert.

Was passiert denn «automatisch»?

Valentin: Dass man (das Land A.d.R.) langsam auf erneuerbare Energien umschwenkt oder dass man jetzt mehr Nachhaltigkeit im Umgang mit Plastik anstrebt. Auch da geht die Regierung langsam mit, treibt den Fortschritt jedoch nicht an. Bei den erneuerbaren Energien wartet man so lange, bis sich alles «eingelebt» hat ... Letztlich geht es ums Geld. Sie sagen nicht: «Wir müssen schneller umsetzen», weil es eben zu teuer ist. Es geht deutlich zu langsam voran.

Ihr fordert mehr Tempo und Risikobereitschaft bei Investitionen in die Umwelt?

Valentin: Die Politiker*innen machen es sich zu einfach. Deren Angst ist generell gross, dass «jemand» etwas gegen konkrete Klimaschutzmassnahmen hat. In den Gesprächen mit den Parteien sagte man uns: «Das ist nicht mehrheitsfähig». Dabei

ist es doch die Aufgabe der Politik, Ideen mehrheitsfähig zu machen. Es geht nicht darum, dass die Politik wiederholt, was die Leute eh schon denken.

Fabienne, wärst Du Regierungsrätin, welche zwei Massnahmen für den Klimaschutz würdest Du umsetzen?

Fabienne: Ich würden den öffentlichen Verkehr so ausbauen, dass er benutzerfreundlicher wird. Das bedeutet auch, dass man die Idee der S-Bahn wieder aus der Schublade zieht und umsetzt. Da profitieren Umwelt und Menschen, weil sie nicht täglich im Stau stehen und Zeit sparen. Ausserdem würde ich das Angebot von gesunden, regionalen saisonalen Lebensmitteln für Konsument*innen fördern, z.B. konkret in Mensas und Kantinen, aber auch generell den Fleischkonsum einschränken. Hier geht die Regierung davon aus, dass man den Menschen nicht vorschreiben kann, was sie essen. Aber wenigstens stärker animieren müsste man die Leute dazu.

Ihr seid klar für eine S-Bahn?

Valentin: Ja. Die S-Bahn ist ein nachhaltiges Zukunftsprojekt. Ich verstehe, dass die Regierung hier nicht allein entscheiden kann, sondern mit Österreich einen Weg finden muss. Aber keine der beiden grossen Parteien bekennt sich bisher zur S-Bahn. Beide bleiben unklar. Sie befürchten wohl, dass man sich – grad vor den Wahlen – von ihnen abwendet und z.B. zur DU-Partei wechselt. Auch wenn der Verkehrsminister das Projekt in der Zwischenzeit unterstützt, geht nichts voran. Wie soll die Regierung so je eine S-Bahn realisieren?

Wie zufrieden seid Ihr mit dem öffentlichen Nahverkehr generell?

Fabienne: Das Angebot ist ok, sollte jedoch ausgebaut werden. Nachtbusse sollten im Jahresabo enthalten sein: Kosten sie 5 Franken extra pro Fahrt, animiert man die Jungen dazu, mit dem Auto in den Ausgang zu gehen. Das wiederum ist gefährlich wegen des Alkoholkonsums. Ausserdem kann es nicht sein, dass Busse gestrichen werden, z.B. in Schellenberg.

Ihr wollt Euch keiner Partei zuordnen.

Warum?

Valentin: Wir haben im Sommer mit allen Parteien gesprochen. Wir wollten uns da

keiner Partei zuordnen, weil – wie wir in Deutschland sehen – schnell der Vorwurf der Parteipolitik kommt. Auch wenn die FL uns von den Inhalten her am nächsten ist, sind wir keine Jugendorganisation einer Partei. Wir wollten unsere Gespräche als Jugendliche führen und nicht als Jugendorganisation einer Partei. Sonst haben wir eine ähnliche Situation wie im Landtag, wo Parteien gegeneinander antreten. Wir wollen alle Parteien überzeugen.

Fabienne: Angesichts der grossen Parteinähe in Liechtenstein würden einige Jugendliche zu Hause mit den Eltern wohl Probleme bekommen, wenn es heissen würde: «Ich bin in dieser Jugendorganisation der Freien Liste.» So sind wir einfach Jugendliche, die sich für etwas einsetzen.

Ist es denn möglich, mit allen Parteien auf einer Ebene zu diskutieren?

Fabienne: Es gibt Unterschiede. Die einen stimmen mehr zu; bei den anderen geht es mehr um wirtschaftliche Aspekte und wieder andere nehmen uns nicht ernst.

Valentin: Ich bin überzeugt, dass es schwieriger wäre, wenn wir aus einem Parteikonstrukt kommen würden. Wenn wir einen Streik organisieren, wollen wir unabhängig sein.

Woher kommt bei Euch persönlich das Engagement für die Umwelt?

Fabienne: Das hat bei mir sicher zu Hause angefangen. Meine Mutter ist bei der Freien Liste und das Thema war immer wichtig für uns.

Valentin: Ich habe ein generelles Interesse an Politik und an Menschen und bin überzeugt, dass man Verantwortung für sein Handeln hat. Grad beim Klimaschutz trägt man die Folgen seines Handelns nicht allein.

Wie geht es weiter bei Euch?

Valentin: Der nächste Termin ist am 15. Mai. Wir planen an diesem Freitagnachmittag um 16.30 Uhr eine Demo. Da können auch Erwachsene einfacher teilnehmen.

Fabienne: Der Erfolg vom 29. November motiviert zum Weitermachen. ■

Politischer Alltag der Gemeinderät*innen der Freien Liste

Wie soll der neue Dorfplatz aussehen? Welche Alternativen haben Menschen, die ihren Alltag zu Hause kaum mehr bewältigen können? Wie lässt sich Tempo 30 oder 40 für Wohnquartiere umsetzen? Und was für Alternativen gibt es zu Mobilfunkantennen? Gemeindepolitik passiert im Nahbereich und beschäftigt sich mit alltagsrelevanten Themen. Genau das tun unsere acht FL-Gemeinderät*innen in sieben von elf Liechtensteiner Gemein-

den. Sie sind seit Mai 2019 im Amt. Einige beschreiben, wie sie sich allein – und umringt von zahlreichen Vertreter*innen der Grossparteien – mit guten Argumenten und Blick auf die echten Bedürfnisse der Bevölkerung immer wieder erfolgreich einbringen. In Vaduz trifft man sogar zwei FL-Gemeinderät*innen, ihr äusserst gelungener zeichnerischer Aufruf zum Mitgestalten des Dorfes drückt aus, dass Gemeindepolitik auch richtig Spass machen kann. ■



**Bettina Eberle-Frommelt
Balzers**



**Stephan Gstöhl
Vaduz**



**Katja Langenbahn-Schremser
Planken**



**Andrea Matt
Mauren-Schaanwald**



**Corina Vogt-Beck
Triesenberg**



**Stefanie Hasler
Vaduz**



**Andreas Heeb
Schaan**



**Patrick Risch
Schellenberg**

Dorfplatz - vertane Chance?

Text Bettina Eberle-Frommelt, b.eberlefrommelt@gmail.com Foto Martin Walser

Das Dorfzentrum beleben und die Menschen zusammenbringen – viele Gemeinden in Liechtenstein kämpfen mit diesem Thema. Kleine Läden und die Restaurants im Dorf geben auf und schliessen. Das ist auch in Balzers so – und auch hier tun wir uns mit Lösungen schwer.

Der Wunsch nach einem Dorfplatz entstand in Balzers schon vor vielen Jahren in den Projekten TREBA 2006 und Balzers Mitte 2015/16. Beide Projekte bezogen die Bevölkerung mit ein und nahmen verschiedene Vorstellungen auf, das Zentrum aufzuwerten. 2006 erteilte das Stimmvolk dem Projekt TREBA eine Absage. Aus dem Workshop-Prozess «Balzers Mitte» entstanden dann Projektideen. Die Schaffung eines Dorfplatzes war beide Male ein zentrales Anliegen. Die Gemeinde hat für das Projekt ‚Dorfplatz‘ die Vereine mit einer Bedürfnisumfrage einbezogen. Nach der Auswertung dieser Umfrage und im Zuge von Workshops hat der damalige Gemeinderat im Sommer 2018 die Grobausrichtung des Dorfplatzes definiert und einen Wettbewerb ausgeschrieben.

Die Ziele für den Platz waren:

- Grösstmögliche Nutzungsflexibilität
- Platz für Grossveranstaltungen
- Eröffnen eines attraktiven öffentlichen Raumes
- Ohne Überbauung
- Eingeschossige Tiefgarage sowie einige oberirdische Parkplätze

Gesucht wurde im Projektwettbewerb nach einem Platz, der vom Wochenmarkt bis zum Festzelt alle Möglichkeiten bietet, und statisch eine Tiefgarage tragen kann. Die Jury (Fachpersonen und Mitgliedern des damaligen Gemeinderates), kürte das Projekt «ORDO» zum Siegerprojekt.

Das Projektteam und die Bauverwaltung haben das Projekt weiterbearbeitet und das Resultat wurde am 29. Januar den interessierten Bewohner*innen von Balzers vorgestellt. Der Gemeinderat hat den benötigten Kredit über 14,5 Mio Franken

genehmigt und am 5. April 2020 stimmen die Einwohner*innen darüber ab.

Das Projekt hat Stärken: Endlich tut sich etwas im Dorfzentrum. Der ausserkorene Platz eignet sich sehr gut als Dorfzentrum, allein der geplante Baumbestand wird zu einer einladenden Atmosphäre beitragen. Das Konzept hat aber zwei Schwächen:

Erstens wurde hier die einmalige Gelegenheit verpasst, dass Balzers sich klar als klimabewusste und zukunftsorientierte Gemeinde für eine «grüne» und neue Mobilität positioniert.

Als Vertreterin der Freien Liste setze ich mich in Balzers ein für:

- Priorisierung öffentlicher öffentlicher Nah- und Langsamverkehr
- Zügige Umsetzung geplanter Massnahmen des Langsamverkehrs
- Parkplatzbewirtschaftung im ganzen Dorf
- Einbezug moderner Mobilitätskonzepte und Erkenntnisse aus Studien zukünftigen Verkehrsverhaltens
- Mitdenken von innovativen Mobilitätsdienstleistungen

Die damaligen Entscheider setzten auf Individualverkehr und damit auf ein Auslaufmodell moderner Mobilität. In Zeiten der Klimakatastrophe 8 Mio. Franken für eine Tiefgarage zu investieren, ist meiner Meinung nach die falsche Strategie. Balzers lässt sich hier die einmalige Chance entgehen, als Vorreiter mit einem innovativen Mobilitätskonzept an Einfluss und Attraktivität zu gewinnen.

Zweitens gibt es bis heute keine ernstzunehmende strategische Gesamtplanung für anstehende Projekte im Zentrum. Es ist unklar, was mit den Parzellen rund



Bettina Eberle-Frommelt

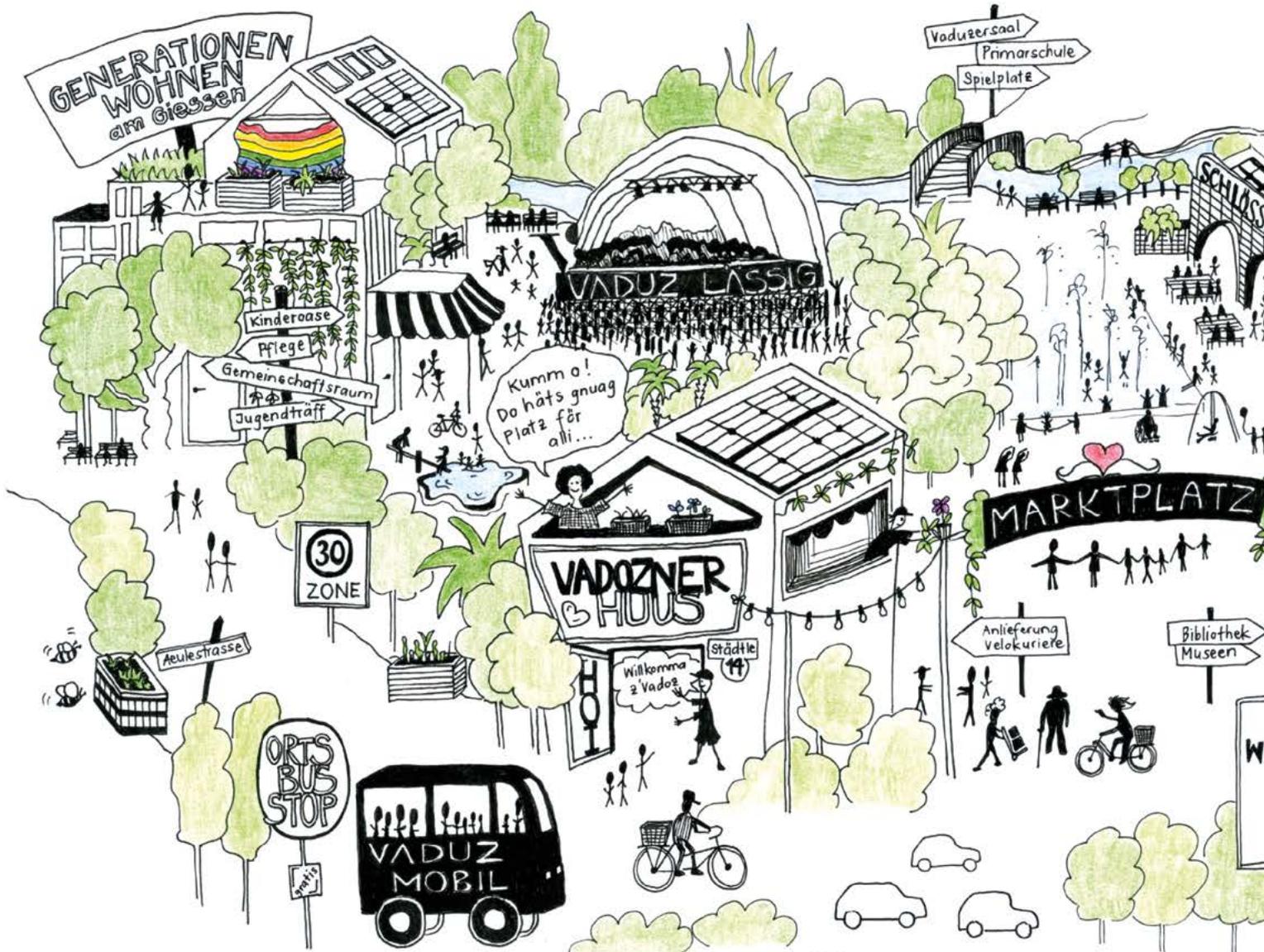
um den Dorfplatz geschehen soll. Diese Parzellen sind nicht alle in der Hand der Gemeinde, deshalb kursieren lediglich ein paar Ideen, keine konkrete Planung. Es ist mir bewusst, dass diese Situation ein Gesamtkonzept erschwert. Aber ich werde den Eindruck nicht los, dass hier das Pferd am Schwanz aufgezäumt wird. Erst macht man einen Dorfplatz mit vielen Tiefgaragenplätzen. Erst danach wird überlegt, wie es mit der Umgebung des Platzes weiter gehen soll. Wird hier eine Parkgarage «auf Vorrat» gebaut?

Jeder Tiefgaragenplatz wird rund 80'000 Franken kosten. Aus Sicht der Freien Liste wäre dieses Geld sinnvoller investiert z.B. in ein Familienzentrums oder einen Dorfladen.

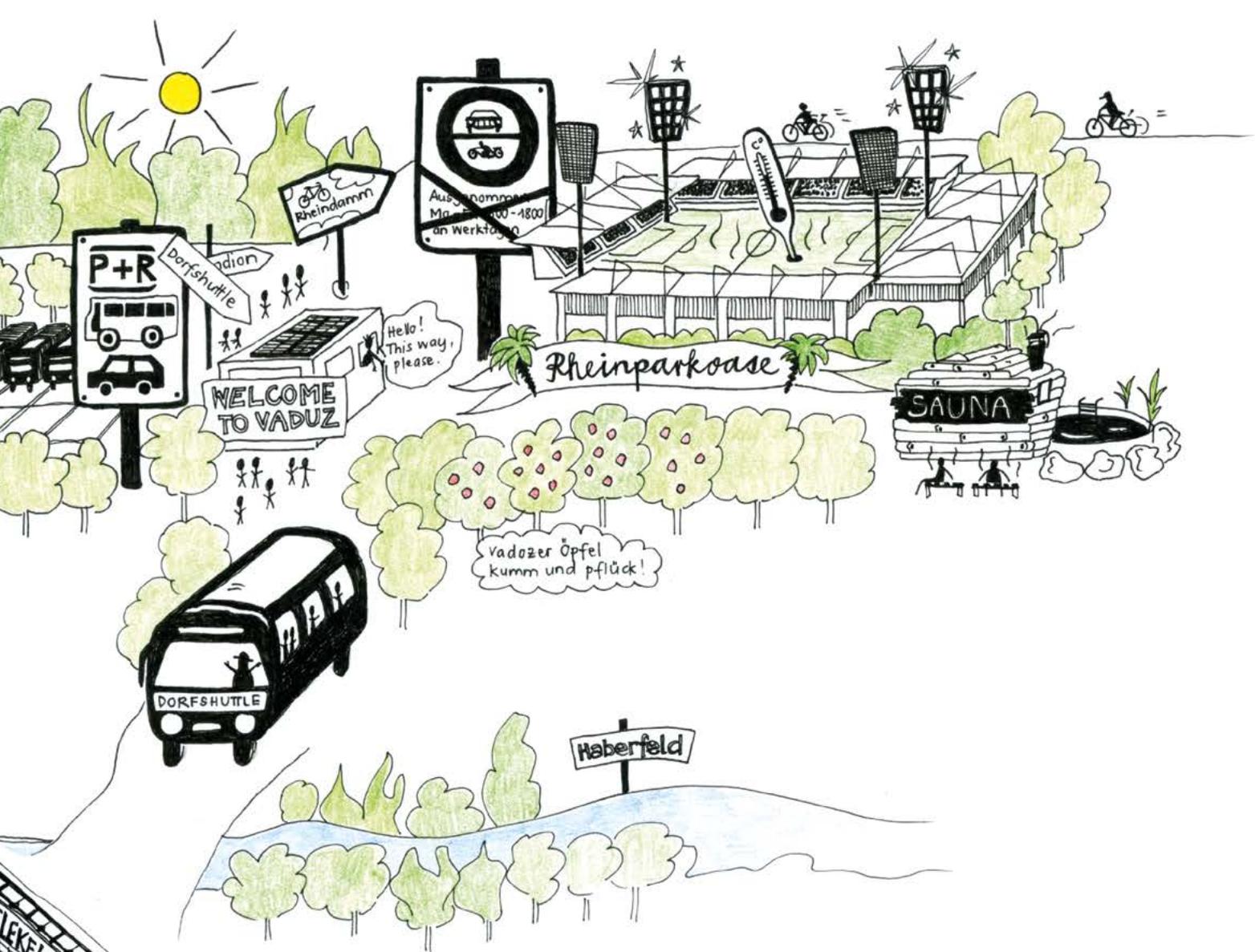
Der Dorfplatz ist bitter nötig für Balzers und unterstützt das Erneuern einer aktiven Dorfkultur – für die Menschen. Doch welchen identitätsstiftenden Beitrag für das soziale Leben in der Gemeinde leistet eine Parkgarage? Das Dilemma liegt darin, dass bei Ablehnung dieser Vorlage im Zentrum wahrscheinlich für viele Jahre gar nichts mehr passieren wird. ■

AKTION « Zeichne dein VADUZ »

Zeichne deine Vision für Vaduz und bring sie zum Rathaus oder schick sie uns per Mail: stephan.gstoehl@vaduz.li / stefanie.hasler@vaduz.li



Ausmalen erwünscht!
Stefanie & Stephan



Stephan Gstöhl und Stefanie Hasler

Unverhofft im Gemeinderat

Text Corina Vogt-Beck, corina.vogt-beck@triesenberg.li Foto Klaus Schädler

Vor meiner erfolgreichen Wahl in den Gemeinderat habe ich mir vorgestellt, wie es sich anfühlen wird, nicht gewählt worden zu sein. Wie ich reagieren werde – gefasst, besonnen. Wenn in mir die Hoffnung aufkam, es doch zu schaffen, habe ich diesen Gedanken weg-gewischt.

Ich bin angetreten, um zu zeigen, dass ich nicht nur rede, sondern auch tue, dass ich mich für ein politisches Amt zur Verfügung stelle. Dabei wurde mir von allen Seiten versichert, dass ich eigentlich keine Chance habe, gewählt zu werden. «Unverhofft kommt oft», sagt der Volksmund. Was für mich noch überraschender war als die erfolgreiche Wahl selbst, ist die Tatsache, wie spannend und lehrreich die Arbeit im Gemeinderat ist. Ich lerne und erfahre ständig etwas Neues über die vielfältigen Aufgaben in der Gemeinde, die Politik als gestaltendes Element der Gesellschaft, die Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg, über mich selbst.

Nachdem ich mich an den Gedanken gewöhnt hatte, tatsächlich Gemeinderätin zu sein, war es mir sonnenklar: ganz oder gar nicht. Also entschied ich mich bewusst dafür, mich so gut und intensiv einzusetzen, wie es mir möglich sein wird. Ich initiierte die Gruppe «Bäarger Wiissi» und versuchte, Mitglieder für Kommissionen und Arbeitsgruppen zu finden, wenn das nicht möglich war und es mir wichtig war, nahm ich selber Einsitz, zum Beispiel in die Personalkommission, in die Bau- und Raumplanungskommission oder in die Arbeitsgruppe Dorfzentrumsentwicklung.

Nur mit einer konsequenten Haltung kommt man weiter

Wie soll das Dorfzentrum für die kommenden Generationen gestaltet werden, um ein echter Treffpunkt zu werden? Wo bieten sich Chancen, was muss verändert werden? Welche Bedürfnisse sollen zusätzlich erfüllt werden? Der Studienauftrag Dorfzentrumsentwicklung ist eine Entwicklungsstrategie für das Dorfzentrum



Corina Vogt-Beck

und somit für die ganze Gemeinde. Die Mitglieder des Beurteilungsgremiums und des Gemeinderats sind sich einig, dass man ein Konzept ausgewählt hat, das offene Fragen beantworten und Bedürfnisse erfüllen kann. Einige erschraken wohl, als sie das Ausmass erkannten, jedoch bin ich davon überzeugt, dass man nur mit einer konsequenten Haltung weit genug in die Zukunft planen kann. Die Bevölkerungen eingeladen, sich bei einem Dorfcafé einzubringen und auszutauschen über Bedürfnisse, Funktionen und Potentiale des neuen Dorfzentrums. Der Termin für das Dorfcafé wird so bald wie möglich bekanntgegeben.

Als Vorsitzende der Kommission Natur und Umwelt setze ich konkrete und sinnvolle Projekte mit Gleichgesinnten um. Wir können gemeinsam etwas bewegen, Vorbild sein, voneinander lernen. Gleich

zu Beginn nahmen wir uns des Themas naturnahe Bepflanzungen von Rabatten und Grünflächen an, was mir ein wichtiges Anliegen ist. Ich träume von öffentlichen Kräutergärten und Obstbaumwiesen, umgesetzt werden in einem ersten Schritt kleinere Biodiversitätsflächen. Um alle ins Boot zu holen, haben einige Kommissionsmitglieder und Werkdienstmitarbeitende im Herbst das «Blühende Mauren» besichtigt und Informationen aus erster Hand erhalten. Aktuell organisiert die Umweltkommission gemeinsam mit der Jugendkommission den Umwelttag unter dem Motto «Recycling ist gut, Abfall vermeiden ist besser». Dabei gibt es unter anderem eine Umwält-Putzati, eine Flickwerkstatt und verschiedene Ausstellungen.

Es fühlt sich gut an, gewählt worden zu sein. Vielen Dank den Bäargerinnen und Bäarger für das in mich gesetzte Vertrauen. ■

Liebe Bäargerinnen und Bäarger,

seid dabei am eim nächsten Umwelttag!

Weitere Informationen:
www.triesenberg.li oder
www.facebook.com/wiissi

Zukunft in Mauren gestalten

Text Andrea Matt, andrea.matt@supra.li Foto Klaus Schädler

«Es wäre das Beste, wenn in Mauren alle Weissen Zonen* in Landwirtschaftszonen umgewandelt würden», erklärte mir eine junge Raumplanerin vor kurzem. Nur dann seien die wertvollen Böden gut vor einer Überbauung geschützt. Dafür müsse man im Zentrum mehr Wohnraum schaffen. Junge Erwachsene denken radikaler anders als wir.

Junge Erwachsene fordern uns dazu auf, mit kostbaren Ressourcen wie dem Boden sorgsam umzugehen. Sie wollen, dass soziales, nachhaltiges Wirtschaften den höchsten Stellenwert hat und sinnvolle Arbeit fair bezahlt wird. Von uns politisch Aktiven erwarten sie konkret, dass wir Entscheidungen treffen, die nachhaltig sind.

Wie gelingt uns das auf Gemeindeebene? Im September 2015 verabschiedeten die UNO-Mitgliedstaaten die Agenda 2030 und definierten Ziele für eine nachhaltige Entwicklung, die sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs). Nachhaltige Entwicklung wird dabei als eine umfassende Entwicklung in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht verstanden. Das «Herzstück» der Agenda 2030 sind die 17 Ziele mit ihren 169 Unterzielen. Sie beziehen sich auf unterschiedliche Themen wie zum Beispiel Armut, Gesundheit, Bildung und Energie.



Andrea Matt

Ziel Nummer 11

Das Ziel 11 lautet «Nachhaltige Städte und Gemeinden». Zu den Unterzielen gehört zum Beispiel der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum, die Gewährleistung eines Zugangs zu nachhaltigen Verkehrssystemen und eine nachhaltige Siedlungsplanung. Würde man letzteres in der Gemeinde Mauren-Schaanwald umsetzen, dürfte man keine neuen Reservezonen schaffen, weil in den bereits bestehenden Zonen Wohnraum für weitere 4'000 bis 4'500 Personen errichtet werden kann. Schon gar nicht dürfte man dafür Magerwiesen verwenden oder Flächen, die im Inventar schützenswerter Landschaften liegen. Doch genau das hat der Gemeinderat im Herbst 2019 mehrheitlich beschlossen.

Einige Ziele werden aber auch beachtet. Im Januar hat der Gemeinderat einstimmig beschlossen, dass die Bus-Linie 33 von der Post Mauren nach Schellenberg abends wieder fahren soll. Und es gibt auch Themen, in denen die Gemeinde vorbildlich ist, beispielsweise im Bereich Jugend & Senioren oder bei den Blühflächen.

Wenn wir uns mit den 17 Nachhaltigkeits-Zielen beschäftigen und uns fragen, mit welchen Zielen wir in Berührung kommen, in welchen Bereichen bereits gute Beiträge geleistet werden, wo sich ein konkretes Projekt lancieren lässt und wo kleine Veränderungen grosse Verbesserungen bewirken, verändert sich etwas. Auf einmal treffen wir Entscheidungen, über die sich

unsere jungen Erwachsenen freuen. Weil sie nachhaltig sind.

Auseinandersetzung mit SDGs fördern

Damit das geschieht, werde ich in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen den Antrag stellen, sich in einem Workshop mit den Zielen der Agenda 2030 auseinanderzusetzen. Ich wünsche mir, dass wir in unserem Gemeinderat bei jeder Entscheidung selbstverständlich auch berücksichtigen, ob wir mit ihr den SDG-Zielen näherkommen. Und somit das tun, was Mauren-Schaanwald zukunftsfähig macht. ■

* Flächen, die noch keiner Zone zugeordnet sind

Beim Thema «Wohnen und Leben im Alter» geht es voran

Text Patrick Risch, patrick.risch@landtag.li Foto Martin Walser

Mein erstes Jahr im Schellenberger Gemeinderat durfte ich schon 2011 erleben. Ich erinnere mich noch gut, dass ich nach der ersten Sitzung ziemlich lange nicht einschlafen konnte und zuerst die Eindrücke verarbeiten musste. 2019 wurde ich erneut in den Gemeinderat gewählt und helfe heute weiter mit, an der Zukunft der Gemeinde zu arbeiten.

Ein grosses Projekt, welches mich seit Beginn begleitet, ist «Wohnen und Leben im Alter». Zusammen mit Gamprin und Ruggell hat Schellenberg sich früh der Problematik der immer älter werdenden Gesellschaft angenommen. Nach einigen Informationsveranstaltungen wurden Workshops durchgeführt, bei welchen die von den Einwohnenden am meisten gewünschten Massnahmen erörtert wurden. Aus diesem Pool wurden zwei Wünsche in den letzten zwei Jahren in die Tat umgesetzt. Mit der Wohnberatung können sich die Einwohner nahezu kostenlos beraten lassen, einzig ein Selbstbehalt von 500 Franken fällt an. Schon mit wenigen kleinen Änderungen in der Wohnung lässt sich die Wohnqualität und -sicherheit für ältere Menschen verbessern: Stolperfallen meiden, Lichtverhältnisse verbessern oder Hilfsmittel wie ergonomische Dosenöffner bereitstellen. Seit 2018 fördern die drei Gemeinden am Eschnerberg zudem das hindernisfreie Bauen mit bis zu 20'000 Franken je Antrag. Dabei stützen sich die Gemeinden auf das 5-stufige Label Living Every Age (Wohnen in jedem Alter, kurz LEA)

Ziel beider Massnahmen ist, dass die Menschen länger selbständig in ihrer gewohnten Umgebung wohnen und erst möglichst spät in ein Alters- bzw. Pflegeheim der Liechtensteinischen Alters- und Krankenhilfe (LAK) umziehen müssen.

Für die meistgewünschte Massnahme, den Bau von altersgerechten Wohnungen, wurde am Schellenberg bereits ein Grundstück im Dorfczentrum reserviert. Hier gilt



Patrick Risch

es nun, dieses Projekt nicht aus den Augen zu verlieren, selbst wenn eine Umfrage ergeben hat, dass derzeit noch wenige ältere Menschen bereit wären, in ein solches Wohngebäude zu ziehen. Die nächste Generation wäre aber durchaus bereit für einen Umzug. Daher ist es wichtig, dass die Wohnungen bereitstehen, wenn die ersten Bewohner einziehen möchten.

Wifi-Calling als sinnvolle Lösung

Darüber hinaus gibt es einige weitere Themen, die mich und viele andere im Dorf beschäftigen. Der Mobilfunk ist eines davon. Dieser ist im Schellenberg zum Teil

mangelhaft, ohne Frage. Nur eine Mobilfunkantenne aufzustellen, wie es jetzt angedacht ist, kann jedoch nicht die Lösung sein. Durch die Topographie Schellenbergs wären mit einer Mobilfunkantenne nur das halbe Dorf bestrahlt, die andere Hälfte wohl auch, aber von Österreich her. Gewisse Quartiere würden wohl weiterhin unter schlechtem Empfang leiden. Schellenberg wäre ideal, um neue Ideen und Konzepte bei der Mobilfunkversorgung anzuwenden. Doch die Anbieter haben kein Interesse daran – auch wenn der Wechsel auf 5G vor der Haustüre steht. Leider verzögert sich das Wifi-Calling weiterhin. Mit Wifi-Calling könnten jede und jeder in den eigenen vier Wänden ausgezeichnet telefonieren. Wifi-Calling ist eine Technologie, die es schon seit bald mehr als 10 Jahren gibt – nur bei uns nicht. ■

Klima- und Umweltschutzmassnahmen in Schaan

Text Andreas Heeb, andreas.heeb@gr.schaan.li Foto Martin Walsler

Klimaveränderung und Verlust der Artenvielfalt sind zwei grosse globale Probleme. Diese Themen beschäftigen mich nicht nur als Biologielehrer, sondern beeinflussen auch meine Arbeit im Gemeinderat stark. Erfreulich ist, dass ich vor allem in der Energiekommission sowie Forst- und Umweltkommission, aber auch im Gemeinderat selbst, einen Beitrag leisten kann, diese Probleme lokal anzugehen.

Schaan ist wie die anderen Liechtensteiner Gemeinden Energiestadt mit dem Ziel, bis ins Jahr 2050 den Energieverbrauch auf 2000 Watt pro Person und die Treibhausgasemissionen auf Netto-Null zu senken (das heisst, nicht mehr Treibhausgase auszustossen als in der Atmosphäre gespeichert werden). Um diese Ziele zu erreichen, sind in den nächsten Jahren Massnahmen auf verschiedenen Ebenen nötig. Erfreulich ist, dass die von der Energiekommission erarbeiteten Vorschläge im Gemeinderat Anklang und die Anträge gute Mehrheiten finden. Insbesondere der Ausbau von Photovoltaikanlagen auf dem Gemeindegebiet muss in den nächsten Jahren vorangetrieben werden. Das Fördermaximum der Gemeinde wurde daher auch durch den Gemeinderat erhöht, um den Bau grösserer Anlagen attraktiver zu machen.

Tag der Biodiversität geplant

Der schleichende Verlust der Artenvielfalt hat unterdessen ein so grosses Ausmass angenommen, dass er nun auch von den Medien thematisiert und von der Bevölkerung wahrgenommen wird. Die Gründe für den Biodiversitätsverlust sind vielfältig, der Verlust an geeigneten Lebensräumen ist aber sicher ein Hauptgrund. Das Thema erscheint je länger je mehr auf der Agenda der Gemeinde, so dass gegengesteuert werden kann. Schon in den letzten Jahren wurden auf Initiative der Forst- und Umweltkommission viele Bäume neu gepflanzt. Im Dorf, aber auch im Landwirtschaftsgebiet sollen nun vermehrt neue Flächen entstehen, die qualitativ wertvoll für die



Andreas Heeb

Artenvielfalt sind. Aus meiner Sicht ein guter Anfang. Um den Verlust aufzuhalten, muss in Zukunft aber noch viel getan werden, so dass eine ökologische Infrastruktur entsteht, die ihrem Namen auch gerecht wird und die wertvollen Lebensräume grossräumig vernetzt. Auch jeder Einzelne kann persönlich seinen Beitrag leisten. Zu diesem Zweck organisiert die Forst- und Umweltkommission diesen Frühling einen Tag der Biodiversität. Dieser soll der Bevölkerung Zusammenhänge zwischen verschiedenen Artengruppen zeigen und vor allem auch leicht umsetzbare Tipps geben, damit sie selbst tatkräftig werden.

Auch ausserhalb dieser Themen, die mich besonders beschäftigen, ist die Arbeit im Gemeinderat spannend und man bekommt einen vertieften Einblick in das Funktionieren einer Gemeinde. Insbesondere auch durch den Einsitz in der Finanz- und der Liegenschaftskommission. Die Arbeit im Schaaner Gemeinderat ist allgemein konstruktiv, der Umgang kollegial und die Zusammenarbeit zwischen den Parteien sehr gut. Und zu guter Letzt wird erfreulicherweise auch das Gesellschaftliche über die Parteigrenzen hinweg gepflegt. ■

Allein als Freie Listlerin in der ersten Reihe mit dabei

Text Katja Langenbahn-Schremser, katjaundmehr@hotmail.com

Die Wahrnehmung und das Erleben eines Gemeinderatsmandats in Planken sind bestimmt von den Umständen einer kleinen Gemeinde, wo alle das meiste gemeinsam mitbekommen.

Das heisst, man kommt nicht umhin, eine Meinung zu haben, zu reagieren, da die Dinge immer im Nahbereich stattfinden – ob Verkehrs- oder Entsorgungs- oder Jugendfragen. Gleichzeitig wiegt das eigene Engagement viel. Ich bin permanent zur Mitbestimmung aufgerufen und eben in der ersten Reihe beim Geschehen dabei.

Jede*r kann etwas bewegen und verändern, wenn ihn oder sie etwas betrifft oder in Bezug auf Verbesserungspotenzial kümmert. Politik ist aber zweitens auch in kleinräumigen Verhältnissen nicht ohne Anstrengung, Respekt und Ideenkonkurrenz erfolgreich. Prinzipiell gelten für mich der Umgang mit Andersgesinnten und eine gute Gesprächskultur als Voraussetzungen für gute Lösungen. Nach meinen Erfahrungen gilt das unabhängig vom «Umfang» der Gemeinde. Die Mitmenschen sind in kleinen und grossen Zusammenhängen ähnlich gestrickt, einfach und kompliziert.

Gleichstellungs- und Frauenangelegenheiten als Hauptanliegen

Was die politische Durchsetzungskraft als Einzelperson anbelangt, bin ich positiv überrascht, was mit gutem Willen, aber natürlich auch mit klarer Bedarfsanalyse und Argumenten ohne weiteres umsetzbar wird. Der Antrag, den ich für die finanzielle Unterstützung für den Verein Frauen in guter Verfassung gestellt habe, ist gleich entschieden und Geldmittel von 2500 CHF sind bewilligt worden. Beim Thema Tempo 40 in der Gemeinde geht es nicht so schnell, aber das Land hat grundsätzlich die Machbarkeit signalisiert. Wie gesagt,



Katja Langenbahn-Schremser

sind im kleinen Planken alle Themen in Betracht zu ziehen. Zumal wir den Überblick haben und uns gemeinsam zuständig fühlen. Angesichts dessen und bei einer relativ geringen Sitzungsfrequenz ist Zusammenarbeit die logische Devise. Das steht nicht im Widerspruch dazu, dass auch kontrovers diskutiert wird und mir Gleichstellungs- und Frauenangelegenheiten besonders am Herzen liegen.

Ich erlebe die Zusammenarbeit als sehr konstruktiv und wenn man alleine ist als Freie Listlerin braucht man eben erst recht gute Argumente. Das ist aber grundsätzlich zu begrüssen und es gilt gegensei-

tig; Argumente werden ausgetauscht und jeder Standpunkt wird aufmerksam zur Kenntnis genommen. Wie in anderen Gemeinderäten auch kommt es zu wechselnden Mehrheiten; eine Blockbildung der anderen Fraktionen ist mir kaum aufgefallen. Es gilt: «Planken als erstes!» ■

Malbun/Steg – Ente SurpRisch

Text Thomas Lageder, thomas.lageder@landtag.li Fotos Klaus Schädler

Mittels eines Postulates versuchte die Freie Liste die Diskussion um die Zukunft des Naherholungsgebietes Malbun/Steg einer öffentlichen Debatte zuzuführen – auf Grundlage von Fakten.

Das Naherholungsgebiet Malbun/Steg ist von landesweiter Bedeutung, es geht uns also alle etwas an. Klar ist ausserdem, und das hat die Debatte anlässlich der Landtagsdiskussion eindrücklich gezeigt, dass der Landtag am Ende wohl über einen substantiellen Beitrag für die Zukunft von Malbun/Steg entscheiden wird müssen. Was der Landtag aber mit 13 Stimmen ablehnte, ist eine offene Diskussion über die Strategie und deren wirtschaftlichen und ökologische Folgen, und zwar bevor es zu entscheiden gilt, für was viel Geld ausgegeben werden soll.

Die Regierung wie auch die geschlossenen Reihen der VU, DU, und DPL lehnten eine Standortbestimmung und eine Mitsprache über die zukünftige Gestaltung von Malbun/Steg ab.

Hoffnung auf eine austarierte Lösung seitens der Regierung

Was hingegen die Landtagsdiskussion zu Tage förderte ist, dass die Vorstellungen weit auseinander gehen. Sie bewegen sich zwischen «hardcore» Installation von überall Schneekanonen mit Speichersee bis zu sanftem Tourismus; von «Winter only» bis ganzjährige nachhaltige Nutzung. Ein Konsens und der Einbezug aller Aspekte werden ohnehin schwierig zu bewerkstelligen sein. Dass das aber mittels eines Finanzbeschlusses gelingen kann, den die Regierung in Bälde vorlegen will, der quasi nicht abänderbar ist, darf doch stark angezweifelt werden. Regierungsrat Daniel Risch wird dem Landtag ein Überraschungspaket vorlegen, zu dem der Landtag und allenfalls auch die Gemeinden dann nur noch ja oder nein sagen können. Die angepeilte Methode «Vogel

friss oder stirb» birgt hohe Risiken eines Scheiterns. Man würde meinen, dass es sinnvoll wäre, die potentiellen Geldgeber früh in einen Gestaltungsprozess zu integrieren.

Es ist gut möglich, dass was bei den Schulbauten schon gescheitert ist, nämlich Bauen ohne Strategie, auch in Sachen Naherholungsgebiet passieren kann.

Lassen wir uns überraschen, hoffentlich von einer wirtschaftlich und ökologisch austarierten Lösung. Kompromisse wird es geben müssen, wie diese erreicht werden sollen, scheint jedoch völlig unklar. ■



Mehr Demokratie im Dorf

Text Thomas Lageder, thomas.lageder@landtag.li

In der März-Sitzung hat der Landtag mit grosser Mehrheit beschlossen, das Grundmandatserfordernis für die Restmandatsverteilung bei Gemeindewahlen aufzuheben. Es handelt sich um eine kleine Änderung bei der Restmandatsverteilung. Im konkreten Fall kann sie aber wesentliche Auswirkungen für die bestmögliche Abbildung des Wählerwillens haben.

So wären bei den Gemeindewahlen 2015 in Balzers nur 7.8% anstatt 15.9% und in Vaduz nur 6.6% anstatt 13.3% der Wählerstimmen unter den Tisch gefallen. Auch 2019 wären in Eschen nur 3.7% anstatt 11.2% der Wählerstimmen unberücksichtigt geblieben.

Im Oktober 2018 beschloss der Landtag die Umstellung vom alten System, nach d'Hondt, auf das neue System, nach Hagenbach-Bischoff. Zu dem Zeitpunkt wurde das Grundmandatserfordernis für die Restmandatsverteilung, ein Bestandteil des alten Systems, beibehalten. Wohl aus Gründen des Eigennutzens der grossen Parteien. Denn das alte System stellt

auf die verbleibenden Reststimmen ab, wo es in der Tat theoretisch möglich ist, dass eine Kleinstpartei mit nur sehr wenigen Stimmen, z.B. fünf Stimmen, ein Restmandat erreichen könnte, gäbe es kein Grundmandatserfordernis für die Restmandatsverteilung. Hingegen ist das bei der neuen Methode nach Hagenbach-Bischoff unmöglich. Dieses neue System stellt für die Restmandatsverteilung auf die Gesamtstimmzahl ab, die eine Partei erreicht hat. Es bevorteilt zudem grosse Parteien gegenüber kleineren. Das wurde bei den Gemeinderatswahlen 2019 in der Gemeinde Schaan augenscheinlich. Dort konnten die VU und die FBP jeweils 5 Grundman-

date erreichen sowie die FL und die DU je eines. In diesem Fall wurde das Restmandat nun schon nach der neuen Methode Hagenbach-Bischoff an die VU zugeteilt. Nach dem alten System wäre es an die Freie Liste gegangen.

Systemfehler ist korrigiert

Das System nach Hagenbach-Bischoff bevorteilt grundsätzlich grosse Parteien und benachteiligt kleine eher, zudem widerspricht ein Grundmandatserfordernis für die Restmandatsverteilung der gleichen Gewichtung aller Stimmen bei der Methode nach Hagenbach-Bischoff. Der Landtag hat schliesslich erkannt, dass das Festhalten am Grundmandatserfordernis für die Restmandatsverteilung zum demokratiepolitisch unerwünschten Effekt führt, dass unnötig viele Wählerstimmen bei den Gemeindewahlen unberücksichtigt bleiben. Dieser Systemfehler konnte somit korrigiert werden.

Mit der Aufhebung des Grundmandatserfordernisses für die Restmandatsverteilung gelingt es besser, dem Wählerwillen Folge zu leisten. Das Wahlsystem konnte verbessert werden, ohne dass negative Effekte entstehen.

Eine schöne Nebenwirkung davon ist, dass die Aufhebung auch zweite Wahlgänge bei den Wahlen der Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) auf Gemeindeebene unnötig machen und somit den Bürger*innen Aufwand und Geld einspart.

«Künftig werden bei Gemeindewahlen weniger Wählerstimmen unter den Tisch fallen.»

Neuer Versuch: «Gut Ding braucht Weil»

Vorstoss Die Freie Liste wagt einen zweiten Anlauf zur Abschaffung des Grundmandatserfordernisses und reicht eine Motion ein. Sie sieht gute Chancen, dass sie dieses Mal eine Mehrheit im Landtag findet und der «Fehler im Wahlsystem» behoben wird.

teil für ein Grundmandat erhält, hat keine Chance, anfallende Restmandate zugeteilt zu bekommen. Ihre Stimmen verfallen komplett, damit ebenso die Stimmkraft ihrer Wähler, die sich am Ende auch nicht in der Sitzverteilung widerspiegelt. Am Ende kann es gar dazu führen, dass ein Kandidat einer grossen Wählergruppe zwar über weniger Stimmen verfügt als ein Kandidat einer kleinen Partei, aber trotzdem das Restmandat zugesprochen erhält. So geschehen übrigens bei den Gemeinderatswahlen 2015 in Balzers.

«Eine Minderheit kann künftig nicht mehr die Mehrheit stellen – das hat der Landtag im Oktober zwar oberflächlich bereinigt. Ein Verfahren zur Sitzverteilung ohne Grundmandatserfordernis widerspiegelt aber die von den Wählern gewünschten Verhältnisse noch besser», so Thomas Lageder. Das Grundmandatserfordernis erschwere die poli-



Desirée Vogt
dvogt@medienhaus.li

Das Grundmandatserfordernis ist eine unnötige Hürde, un-demokratisch und widerspiegelt nicht den Willen des Wählers – so die Meinung der Freien Liste. Deshalb hat sie sich bereits im Jahr 2015 für die Abschaffung desselben eingesetzt. Allerdings erfolglos. Als dann im Oktober 2018 im Landtag die Mandatsverteilung bei Gemeinderatswahlen angepasst wurde, kam das Thema Grundmandatserfordernis erneut aufs Tapet. Ein Antrag der Freien Liste zur Streichung des entsprechenden Artikels im Gemeindegesetz scheiterte auch dieses Mal. Allerdings nur knapp mittels Stichentscheid des Landtagspräsidenten. Für die Freie Liste war deshalb – und auch aufgrund der Äusserungen der Abgeordneten – klar: Der Landtag wünscht sich eine erneute grundsätzliche Dis-

Ausschnitt aus dem
Liechtensteiner Vaterland
vom 29. Januar 2019, Seite 3.

Chronologie des Erfolgs – Politische Arbeit führt oft erst langfristig zum Erfolg

Juni 2015:

Die FBP reicht eine Motion ein zur Umstellung des Verfahrens zur Mandatsverteilung bei den Gemeindewahlen vom alten System nach d'Hondt auf das neue System nach Hagenbach-Bischoff. Die Motion wird mit 13 Stimmen überwiesen.

Sept. 2015:

Die Freie Liste reicht eine Motion zur Abschaffung des Grundmandatserfordernisses (kurz GME) für die Restmandatsverteilung ein, d.h. konkret zur Streichung des Art. 78 Abs. 4 des Gemeindegesetzes. Die FL-Motion wird abgelehnt (10 Ja-Stimmen).

Juni 2018:

Drei Jahre später findet nun die 1. Lesung zur Umsetzung der oben erwähnten Motion der FBP statt.

Okt. 2018:

Die 2. Lesung zur Umsetzung der Motion der FBP findet statt. Die Freie Liste stellt einen Änderungsantrag und beantragt die Streichung des GMEs für die Restmandatsverteilung, konkret die Streichung von Art. 78 Abs. 4 im Gemeindegesetz. 12 Abgeordnete stimmen dafür, 12 dagegen. Durch den Stichentscheid des Landtagspräsidenten wird der Antrag abgelehnt. Die Umsetzung der Motion der FBP jedoch wird angenommen. Das alte System zur Mandatsverteilung nach d'Hondt wird ersetzt durch das System nach Hagenbach-Bischoff.

Feb. 2019:

Der Landtag diskutiert die zweite Motion der Freien Liste zur Abschaffung des GMEs für die Restmandatsverteilung. Sie ist weitgehend identisch mit der Motion vom Sept. 2015. Oberstes Ziel: Die Streichung von Art. 78 Abs. 4! Die Motion wird mit 14 Stimmen überwiesen.

Dez. 2019:

Die Stimmung im Landtag hat sich zugunsten der FL verändert: In der 1. Lesung beschliessen die Abgeordneten mit 20 Ja-Stimmen ein Eintreten auf die Vorlage zur Abschaffung von Art. 78 Abs. 4 des GMEs für die Restmandatsverteilung.

März 2020:

Bei der 2. Lesung zur Umsetzung der FL-Motion stimmen in der Schlussabstimmung 21 Abgeordnete dafür. Für die konkrete Abschaffung des GMEs für die Restmandatsverteilung stimmen 18 Abgeordnete, somit wird Art. 78 Abs. 4 endlich gestrichen. Nach 5 Jahren Engagement hat die FL ihr Ziel erreicht und künftig werden weniger Wählerstimmen unter den Tisch fallen. Die Verteilung der Mandate bei Gemeindewahlen läuft nun demokratischer ab.



Sie sind jung, motiviert und voller frischer Ideen für Liechtenstein. Und sie haben den Mut, neue Wege zu gehen. Für ihre Zukunft und für ihr Land.

An der GV (öffentlicher Teil) der FL, habt Ihr Gelegenheit, die sechs jungen Leute aus Liechtenstein und ihre politischen Ansichten kennenzulernen. Kommt vorbei und diskutiert mit.

Von links nach rechts:

Samuel Schurte, 21, studiert Politikwissenschaften und Soziologie in Basel; **Andreas (Andy) Verling**, 22, macht die Fernmatura; **Sophie Eberle**, 18, besucht das LG in Vaduz; **Angilina (Angi) Davida**, 16, FaGe-Lehrling; **Daniel Lochner**, 23, macht eine Lehre als Automatiker; **Valentin Hermann**, 22, Chemielaborant, startet demnächst sein Bachelor-Studium in Chemie

Was: GV der Freien Liste, öfftl. Teil

Wann: Der Termin wird so bald wie möglich bekanntgegeben.

Wo: Schlossekeller, Vaduz

sozial
demokratisch
ökologisch

